

PRESSEMITTEILUNG

TELEFAX – 1 SEITE

**SPD
STADTRATSFRAKTION
NÜRNBERG**

SPD Stadtratsfraktion | Rathaus | 90403 Nürnberg

Nürnberg, 18. September 2015

Bedauern bei der SPD über das Aus für die UPD – Unabhängige Patientenvertretung

Mit großem Unverständnis und Bedauern reagiert die SPD-Stadtratsfraktion auf das endgültige Aus für die Unabhängige Patientenvertretung, das wohl nicht mehr zu verhindern ist.

Die Stadträtinnen Gabriele Penzkofer-Röhl, Anita Wojciechowski und Claudia Arabackj besuchten am vergangenen Montag die UPD Nürnberg, um sich über die aktuelle Situation zu informieren.

„Die Entscheidung der Vergabekammer ist für uns nicht nachvollziehbar. Hier werden gewachsene Strukturen und Kompetenzen zerstört, die über 13 Jahren sehr erfolgreich ein niedrigschwelliges Beratungs- und Unterstützungsangebot vorgehalten haben und zudem mit anderen Beratungsstellen und sogar den Hochschulen vor Ort bestens vernetzt waren“ beklagt die stellvertretende Vorsitzende der SPD Fraktion, Gabriele Penzkofer-Röhl, die damit auch die individuelle regionale Beratung in der Metropolregion gefährdet sieht.

Ob der neue Anbieter, das private Unternehmen Sanvartis mit einem Callcenter die persönliche Beratung hier in Nürnberg, die insbesondere für Ältere und Langzeiterkrankte wichtig ist, weiterführen wird, ist auch für Anita Wojciechowski fraglich. „Bislang arbeitet die UPD multiprofessionell mit Juristen und vor allem Ärzten und konnte auch speziell auf sozialpsychologische Bedarfe eingehen – ob dies weiter möglich sein wird, steht in den Sternen“ so die gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion, sie befürchtet zudem, dass zukünftig eher sozial- und versicherungsrechtliche Fragen im Vordergrund stehen werden.

Die Stadträtinnen sehen die bisherige und gesetzlich vorgeschriebene Unabhängigkeit in Gefahr, wenn die Patientenberatung zukünftig durch eine Firma erfolgt, die bereits für Krankenkassen und Pharmaunternehmen tätig war. „Ich bin erstaunt, dass hier der Patientenvertreter der Bundesregierung, Herr Laumann scheinbar keine Probleme sieht“ meint Claudia Arabackj, die es bedauert, dass alle Versuche seitens der bayerischen Landespolitiker durch Eilanfragen oder das persönliche Schreiben des Oberbürgermeisters Dr. Ulrich Maly an den Gesundheitsminister bislang keine Wende herbeiführen konnten.

Die Politikerinnen beklagen zudem, dass es keinerlei Kenntnis über das zukünftige Angebot bei der Patientenberatung gibt. In einem gemeinsamen Antrag mit der CSU und Bündnis 90/ Die Grünen fordern sie deshalb eine Behandlung im Stadtrat.

„Wir brauchen schnellstmöglich Sicherheit für die Betroffenen in unserer Region, ob und wie eine qualifizierte, multiprofessionelle und vor allem unabhängige Patientenberatung hier vor Ort angeboten wird“ so Penzkofer-Röhl.